

Berufsbildungsbericht 2017 - BAG KJS kritisiert Zementierung der Benachteiligung

Der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e. V. bemängelt ungleiche Startvoraussetzungen beim Einstieg in die Berufsausbildung anlässlich des gestern veröffentlichten Berufsbildungsberichts 2017.

Düsseldorf, 6. April 2017 „Trotz eines immer wieder beklagten Mangels an Auszubildenden bleibt die Berufsausbildung einer großen Gruppe von jungen Menschen verschlossen.“ So kommentiert Lisi Maier, Vorsitzende der BAG KJS, den Berufsbildungsbericht 2017, der am Mittwoch von der Bundesregierung veröffentlicht wurde.

Besondere Sorge bereite der weitere Rückzug von kleinen Betrieben aus der Ausbildung. Dieses deutet daraufhin, dass kleine Betriebe die mit der Ausbildung verbundenen Ressourcen weniger gut aufbringen können als Großbetriebe. „Kleinbetriebe müssen daher besonders gefördert werden, etwa mit der flächendeckenden Umsetzung des neuen Instruments der assistierten Ausbildung. Diese muss aber zu einem individuell ausgerichteten, flexiblen Angebot weiterentwickelt werden“, so Maier.

Auffallend seien auch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Regionen. Erneut konnte etwa Bayern die Zahl neuer Ausbildungsverträge steigern, während in NRW die Zahl der Ausbildungsverträge rückläufig ist. Das führt in der Konsequenz dazu, dass Jugendliche ungleiche Startvoraussetzungen beim Start in das Berufsleben haben. Die unterschiedliche Leistungskraft der jeweiligen regionalen Wirtschaft müsse dazu führen, dass die Möglichkeiten der heimatfernen Ausbildungsaufnahme, z. B. durch den Ausbau des Jugendwohnens ausgebaut werden, so der Vorstand.

Dass 24,9 % der Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst werden, weist deutlich auf die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt hin. Hier sind zusätzliche Anstrengungen notwendig, damit alle Jugendlichen schon in der Schule eine fundierte Berufsorientierung erhalten. Zudem ist auch hier die assistierte Ausbildung ein geeignetes Instrument, um Auszubildende und Unternehmen zusammenzubringen und bei entstehenden Problemen während der Ausbildung zu unterstützen.

Auch die Zahl junger Menschen im sogenannten Übergangsbereich ist besorgniserregend. Der Anstieg um 12,2 % auf insgesamt 298.800 junge Menschen im Übergangsbereich zeigt, dass sich trotz der relativ guten wirtschaftlichen Entwicklung die Situation für junge Menschen mit schlechteren Ausgangsbedingungen nicht verbessert hat. Damit wird eine „strukturelle Benachteiligung“ deutlich, die sich unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und des Ausbildungsmarktes zementiert.

„Um für benachteiligte junge Menschen bessere Zugangsvoraussetzungen für die Berufsausbildung zu schaffen, muss natürlich auch in eine Bildung investiert werden, die an den Voraussetzungen der jungen Menschen ansetzt, ihre Stärken fördert und einen qualifizierenden Schulabschluss für alle ermöglicht“, fordert Lisi Maier.